

Christian Staffa

# Was tun mit der Kampagne: Boykott, Kapitalabzug und Sanktionen?

Deutlich über 1000 Raketen mit einer Reichweite von bis zu 150 km gingen in den letzten Wochen auf Israel nieder bzw. wurden abgefangen, 29 Tote auf dieser Seite, 630 Tote auf palästinensischer Seite und es werden täglich mehr. Die Asymmetrie ist mit Händen zu greifen, aber doch wäre sie in dieser Dimension sofort zu Ende, wenn die Hamas den Raketenbeschuss einstellen würde. So akzeptierten sie den ersten ausgehandelten Waffenstillstand nicht. Und mensch fragt sich, warum tun sie

Boycott, Divestment and Sanctions (dt. Boykott, Kapitalabzug und Sanktionen, kurz BDS) ist eine umfassende internationale politische Kampagne gegen Israel, die am 9. Juli 2005 auf den Aufruf von über 170 palästinensischen Nicht-Regierungsorganisationen hin ins Leben gerufen wurde.

das? Ich weiß darauf keine Antwort und ähnlich ratlos bin ich bezogen auf die Reaktion der Israelis. Aber, wie viele der sich in der Minderheit befindlichen eher auf Verständigung zielenden Israelis sagen, für den Augenblick geht es wohl darum, den

Beschuss aus dem Gaza zu unterbinden. Wie das anders als militärisch gehen kann, vermag ich nicht zu sagen. Gleichwohl ist israelische Politik sowohl Gesprächsverweigerung wie tendenzielle Abriegelung des Gaza, wie auch das Nichtverhandeln mit der Fatah, ganz sicher Versäumnis und insbesondere der Siedlungsbau ein ständiger Affront, der nicht ahnen lässt, wie eine Zweistaaten Lösung noch aussehen könnte.

Die Verweise auf den einseitigen Abzug aus Gaza und die „raketenartige Belohnung“, die Feststellung, dass auf der anderen Seite keine verlässlichen Partner seien, und die Erinnerung, dass weitreichende Angebote ausgeschlagen wurden, sind in der israelischen Politik und Bevölkerung weit verbreitet und haben mit der realen Bedrohung von außen zu einem deutlichen Ruck nach rechts bzw. zu einer verstärkten Abkehr von Friedensbereitschaft (Land für Frieden) geführt. Nun treiben Liebermann und Bennet Netanjahu, der wohl ursprünglich keine Bodenoffensive wollte,

vor sich her. Wie so vieles habe ich mir das niemals vorstellen können.

Mit dieser Ambivalenz und durchaus auch mit Erfahrungen in Debatten, die sehr schnell Israel als Alleinschuldigen beschreiben, gehe ich auf die BDS-Kampagne-Seite und sehe Bilder von Demonstrationen und Transparente, auf denen das Ende des israelischen Krieges in Gaza gefordert wird. Dazu die Zahlen der Toten und die Klage darüber, dass 80 Prozent von diesen Zivilisten seien. Kein Wort über die Raketen aus Gaza, kein Wort darüber, dass diese nur auf Zivilisten zielen. Das ist keine gewaltfreie Strategie der BDS-Kampagne, was sie von sich selbst aber behauptet.

## Die Forderungen

Die BDS-Kampagne zielt darauf, dass Israel:

- 1) die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt;
- 2) das Grundrecht der arabisch-palästinensischen Bürger/innen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt;
- 3) die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.

Diese drei Ziele sollen mit dem Boykott, dem Kapitalabzug und den Sanktionen erreicht werden. Nehmen wir einmal an, dass die erste Forderung wirklich nur die Gebiete jenseits der grünen Linie meint, dann ist sie definitiv zu unterstützen und in Israel grundsätzlich auch noch annähernd Mehrheitsmeinung. Hier würde ein – schon seit geraumer Zeit auch in Israel in einem sehr geringen Teil der Bevölkerung getragener – Boykott gegen Waren aus den besetzten Gebieten vielleicht etwas ausrichten. Mit Recht werden aber zwei Fragen laut:

- a) Die BDS-Kampagne ist wenig zielgenau bezogen auf die besetzten Gebiete, insbesondere wenn der Boykott sich auf Einladungen israelischer Wissenschaftler/innen oder auf Waren allge-

mein bezieht, oder Paul Simon für einen Auftritt in Tel Aviv attackiert wird, oder die U 21 (Fußballnationalmannschaft) aufgefordert wird, nicht in Israel zu spielen.

b) Dazu kommt die Frage nach der Verhältnismäßigkeit. Gibt es nicht gerade in dieser Region so viel mehr menschenfeindliche und mörderische Systeme, die tatsächlich auch ungleich mehr den Weltfrieden bedrohen, dass ein Boykott eines immerhin doch sehr demokratischen Landes (innerhalb der Grenzen von 1967), das mit der Besetzung tatsächlich Unrecht begeht, nicht doch unverhältnismäßig ist? Wären nicht Boykotte der drei weltweit größten Waffenlieferanten, darunter die Bundesrepublik, erwägenswerter? Natürlich wäre das kaum umzusetzen, aber die Frage der Verhältnismäßigkeit wird dadurch deutlich und könnte angesichts der Nachbarländer noch drastischer ausfallen, denken wir nur an die über 100.000 Toten in Syrien, an den Irak oder den Sudan oder an ISIS (das von Christen „gereinigte Mossul“) oder, oder, oder ... Wie schon erwähnt, das soll nicht davon ablenken, dass Siedlungsbau und Besetzung der Westbank nicht dem Völkerrecht entsprechen und die Forderung sein muss, dass dieser Zustand beendet wird. Bei den bisherigen vielversprechenden Ansätzen wie der Genfer oder der Arabischen Friedensinitiative, den Verhandlungen von Taba 2001, oder 2007 in Annapolis, wurden immer wieder Gegenkräfte auf beiden Seiten mobilisiert und die Schuldzuweisungen von außen und innen je nach Perspektive verteilt. Trotzdem gälte es da anzuknüpfen, um der Besetzung ein Ende zu machen. Ein Boykott wird in der israelischen Gesellschaft im Wesentlichen Widerstände hervorrufen und dem Ziel nicht dienlich sein, ganz abgesehen von jeder historischen Konnotation, die so gerne als deutsches „Problem“ gesehen wird.

Norman Finkelstein, der sicher nicht verdächtigt werden kann Israels Regierungsargumente zu verteidigen, sagte im Februar 2012 in einem Gespräch mit einem BDS-Aktivist: Ich denke, dass wir ehrlich sein müssen und ich kann Unaufrichtigkeit nicht ausstehen. Sie (und damit meint er die BDS-Aktivist/innen) wollen Israel nicht. They don't want Israel. Sie denken, dass sie sehr schlau sind; sie nennen es ihr Dreistufenmodell. Wir wollen das Ende der Besetzung, das Rückkehrrecht und gleiche Rechte für Araber in Israel. Und sie denken, dass sie sehr schlau sind, weil sie wissen,

was die Umsetzung dieser drei bedeutet. Denn was ist das Ergebnis? Du kennst und ich kenne das Ergebnis: There' no Israel!

Auch wenn diese Äußerung eine sehr harsche Reaktion eines tatsächlichen BDS-Sympathisanten und entschiedenen Israel-Kritikers darstellt, trifft sie m.E. den Kern der Kampagne. Zu ihrer zweiten und dritten Forderung deshalb hier nur einige kurze Bemerkungen. Die zweite ist wichtig zu vertreten, gleichwohl nun wirklich bezogen auf die Umgebung Israels wie z.B. Libanon, wo die Palästinenser Menschen zweiter wenn nicht dritter Klasse sind und doch wohl auch nach Europa hin, wo struktureller Rassismus nicht beseitigt ist.

Zu den Flüchtlingen und dem Rückkehrrecht gilt sicher das, was Finkelstein sagt. Die Flüchtlingslager stellen ein großes von der UNO mitgetragenes Unrecht dar, bei dem die Menschenwürde und Verwirklichung gleicher Rechte der Bewohner/innen seit Jahrzehnten missachtet werden. Meines Wissens ein einmaliger Fall in der Geschichte von Wanderungsbewegungen und kriegerischen Vertreibungen, dass vier Generationen Flüchtlinge in Lagern von der UNO „ausgehalten werden“, um ihr Rückkehrrecht allerdings unter den formulierten Bedingungen (UNO Res 194) aufrecht zu erhalten.

### Theologische Zugänge

Es ist ja nie schlecht, die Gegenstimmen zum eigenen Zugang auch im Ohr zu haben und so höre ich Prof. Moshe Zimmerman aus Tel Aviv bei der Diskussion eines Vortrages von Dick Boer zur theologischen Bejahung des Landes Israels protestieren: „Ihr unterstützt mit der Theologisierung des Landes Menschen bei uns, die keinen Frieden wollen.“ Dass das im christlich-jüdischen Gespräch mühsam Erreichte von einem langjährigen und unermüdlichen Unterstützer des deutsch-israelischen Gesprächs so negativ gesehen werden kann, soll zu denken geben. Aber vielleicht stimmt es ja auch, dass wir nicht überall gleich sprechen können, sondern je nach Bedingungen verschieden denken und reden müssen. Für unsere Situation und vor dem Hintergrund unserer antijüdischen Tradition scheint mir wichtig, an der Sehnsucht nach Manifestierung oder Materialisierung von Gottes Gerechtigkeit festzuhalten und die zeigt sich zuerst in Verheißung und Geschenk des Landes Israel. Diese Botschaft an Israel vorbei oder auf Kosten Israels zu universalisieren, wie es ein Herr Vollmer

Es scheint mir wichtig, an der Sehnsucht nach Materialisierung von Gottes Gerechtigkeit festzuhalten und die zeigt sich zuerst in Verheißung und Geschenk des Landes Israel. Diese Botschaft an Israel vorbei oder auf Kosten Israels zu universalisieren, wie es ein Herr Vollmer vom Internationalen Versöhnungsbund getan hat oder Marc Ellis tut oder auch das Kairos Dokument, ist theologisch nicht zulässig.

vom Internationalen Versöhnungsbund getan hat oder Marc Ellis tut oder auch das Kairos Dokument, ist theologisch nicht zulässig bzw. fordert theologisch qualifizierten Widerstand.

Das heißt nun sicher nicht, den Anspruch auf ein Großisrael salomonischen Ausmaßes zu fordern oder zu unterstützen, aber doch weist diese theologische Einsicht auf eine Glaubensrelevanz der Existenz Israels und auf eine 1000 bis 2000 Jahre alte Geschichte der Abwertung und Diskriminierung der Schwester im Glauben, dem Judentum. Genauso geboten ist Solidarität mit den Geschwistern im christlichen Glauben in dieser Region und auch im Irak oder dem Iran. Beide Einsichten verlangen keine bedingungslose Übernahme der Forderungen der jeweiligen Nahen oder Fernen. Aber sie rufen uns in die Verantwortung, den einen dies und den anderen das zu tun in Verantwortung vor den oben formulierten Einsichten. Und außerdem sollten wir als Kirche in der ganzen Welt und nicht nur als evangelische Christen in Deutschland sehr aufmerksam und kritisch gegenüber Initiativen

sein, die wie die BDS-Kampagne stark verschwimmende Grenzen in Richtung Bestreitung des Existenzrechtes Israels haben. Das schließt Kritik an der israelischen, aber eben auch an der Hamas und Fatah, an der syrischen und iranischen Regierungspolitik, sowie einen nüchternen Blick auf die extrem gewaltförmige Situation um Israel und die besetzten Gebiete herum nicht aus, sondern ein. Das genau tut die BDS-Kampagne nicht und unterstützt damit die Kriegslogik und nicht den Frieden.



**Christian Staffa**

Studienleiter an der Ev. Akademie zu Berlin

## Leserbrief zu Ton Veerkamp: Israel und Palästina – eine Sackgasse, keine Roadmap und zu Antje Röseners Leserbrief/Junge Kirche | 2014

Der Artikel von Ton Veerkamp zu Israel und Palästina zeichnet die Verhältnisse, wie sie zurzeit und in der jüngeren Vergangenheit sich entwickelt haben, grob nach. Entgegen der Meinung von Ton Veerkamp scheiterten die Camp David Verhandlungen keineswegs an dem Besuch Ariel Sharons auf dem Tempelberg. Der Besuch war mit der palästinensischen Religionsbehörde, die den Tempelberg verwaltet, abgesprochen und somit auch von palästinensischer Seite akzeptiert. Die zweite Intifada war vielmehr nach eigenen palästinensischen Angaben lange vor dem Besuch Sharons auf dem auch für die jüdische Seite bedeutsamen Tempelberg von palästinensischer Seite geplant worden. Die Meinung von Ton Veerkamp, dass ein souveräner Palästinenserstaat nur denkbar wäre, wenn die jüdischen Siedlungen auf der Westbank aufgegeben werden, ist zumindest nicht zwingend. Warum können Juden nicht in der Westbank siedeln, Geschäfte aufmachen etc.? Als Siedler wären sie in einem Palästinenserstaat den staatlichen Regelungen Palästinas unterworfen. Es gibt Siedler, die dies für möglich halten. Der Rat Ton Veerkamps, den Juden in und außerhalb Israels keine politischen Empfehlungen zu geben, ist vernünftig. Kaum jemand aus Deutschland hätte den Israelis den Ratschlag gegeben, die Bevölkerungen durch einen Zaun zu trennen. Nicht zu leugnen ist, dass diese Regelungen, die viele Belastungen für beide Seiten mit sich bringen, viele Tote verhindert haben. Viele Deutsche hätten und haben Israel den Rat gegeben, sich aus Gaza mit dem Ziel besserer Verständigung zurückzuziehen. Ein Ergebnis war ein dauerhafter Raketenbeschuss Israels aus Gaza, was die Option „Land gegen Frieden“ fragwürdig machte. Die Verantwortlichen des Kinderheimes Neve Hanna im Negev, das sich um is-

raelische und muslimische Kinder aus schwierigen Verhältnissen kümmert, wissen ein Lied davon zu singen.

Frau Rösener möchte nun gleich zur Tat schreiten und plädiert für eine offensive Diskussion von Boykotten von Siedlerprodukten aus der Westbank. Unbesehen akzeptiert sie die von Martin Schulz erhobene Anklage gegen Israel, Wasser ungleich zu verteilen. Diese Anklage ist falsch. Sogar der Schulz wohlgewogene ehemalige Botschafter Israels in Deutschland, Avi Primor, bezeichnete diese Aussage des EU Parlamentspräsidenten euphemistisch als „technischen Fehler“. Insgesamt begründet Frau Rösener ihren Leserbrief mit einer „doppelten Solidarität“ mit beiden Völkern. Diese ist psychologisch wie auch logisch unmöglich. Wenn Israel Unrechtsakte etwa gegen palästinensische Weinbauern begeht, gilt die Solidarität den von Unrecht Betroffenen. Wird eine Siedlerfamilie ermordet, gilt die Solidarität den Ermordeten. So landet Frau Rösener in ihrem gesamten Leserbrief auch nicht bei einer „doppelten Solidarität“, sondern bei einer ganz anderen Doppelung: bei doppelten Standards. Weder sie noch politische Verantwortliche in Deutschland oder Europa diskutieren Handelsboykotte etwa gegen China (wegen Tibet) oder gegen Marokko (wegen der Westsahara), wobei diese Besetzungen sowohl in ihrer Entstehung als auch in ihrer Rechtmäßigkeit viel unbegründeter sind und härter zu beurteilen wären als die Besetzung der Westbank durch Israel 1967.

Ton Veerkamps Überlegungen zu einer besseren Integration von Migranten erscheinen uns deutlich zielführender.

*Armin Backer, Veltheim; Hartmut Peltz, Bad Essen; Winfried Reuter, Vlotho; Matthias Storck, Herford*